

Familien-Initiative der SVP abgelehnt

BERN. Der Nationalrat sagt Nein zur SVP-Familien-Initiative. Die Ratsmehrheit aus Linken, FDP, GLP und BDP hält einen Steuerabzug für die Selbstbetreuung des Nachwuchses für ungerecht. Das traditionelle Familienmodell soll nicht speziell gefördert werden. Die grosse Kammer lehnte gestern die Volksinitiative mit 109 zu 74 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Nebst der SVP stimmten eine Mehrheit der CVP sowie einzelne FDP-Nationalräte dem Begehren zu. Die emotionale Debatte hatte bereits am Montagnachmittag begonnen. Über 50 Rednerinnen und Redner wollten sich äussern. Das Steuerrecht solle Familien in der Wahl ihrer Rollenteilung nicht beeinflussen, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Genau dies würde aber mit der Initiative passieren, weshalb der Bundesrat das Begehren ablehne. Der Ständerat berät als nächstes über das Anliegen, bevor das Volk abstimmen kann. (sda)

Firmensanierung vereinfachen

BERN. Sanierungen von Unternehmen in Schieflage sollen erleichtert werden. Der Nationalrat stimmte gestern der Revision des Konkursrechts zu. Da die Erleichterungen auch auf Kosten der Angestellten gehen, hiess der Rat als Ausgleich eine Sozialplanpflicht gut. Mehrere Parteien erklärten die Schaffung einer Pflicht, bei Massenentlassungen Sozialpläne auszuhandeln, zur Schicksalsfrage. SP und Grüne anerkannten zwar, dass Sanierungen Arbeitsplätze bewahren können. Sie zeigten sich aber nur bereit, die Schwächung von Arbeitnehmerrechten hinzunehmen, wenn die Sozialplanpflicht geschaffen wird. SVP und FDP bekämpften diese vehement. Die grosse Kammer stimmte schliesslich mit 89 zu 78 Stimmen für die Pflicht. BDP, GLP und die grosse Mehrheit der CVP schlugen sich auf die Seite der Linken. In der Gesamtabstimmung wurde die Revision mit 99 zu 74 Stimmen gutgeheissen. (sda)

Der Nationalrat zeigt Herz für Guatemala

Der Bundesrat will die Botschaft in Guatemala aus Kostengründen schliessen. Der Nationalrat stellt sich dagegen – auch dank SVP-Nationalrat Roland Büchel.

JÜRG ACKERMANN

BERN. SVP-Politiker sind nicht bekannt dafür, dass sie auf der Seite von Hilfswerken politisieren. Der St. Galler Nationalrat Roland Büchel hat es gestern getan. Zu seiner eigenen Überraschung überwies der Nationalrat mit grosser Mehrheit (142 zu 17 Stimmen) seine Motion. Damit will Büchel verhindern, dass die Schweizer Botschaft in Guatemala geschlossen wird. Die Schliessung hätte für 1100 Auslandschweizer in Guatemala bedeutet, dass sie – beispielsweise für einen neuen Pass – ins 1000 Kilometer entfernte Costa Rica hätten reisen müssen. Betroffen wären auch Hilfswerke, die in Zentralamerika Armut bekämpfen und demokratische Prozesse unterstützen.

«Ein falsches Signal»

«Seit dem Verschwinden der DDR hat die Schweiz keine Bot-



Bild: Coralie Wenger

10000 Kunden mehrerer Schweizer Banken sollen betroffen sein: Deutschland hat wieder eine CD mit Steuerdaten gekauft.

Razzien gegen Steuerbetrug

Zum wiederholten Mal hat ein deutsches Bundesland eine CD mit Steuerdaten der Kunden von Schweizer Banken erworben. Experten hoffen, dass solche CDs bald an Wert verlieren.

MARINA WINDER

ST. GALLEN. Rheinland-Pfalz hat einem anonymen Anbieter eine Steuerdaten-CD mit 40000 Datensätzen abgekauft. Daraufhin führten gestern zahlreiche Steuerfahnder in ganzen Land Razzien gegen mutmassliche deutsche Steuersünder durch. Nach Angaben von «Spiegel Online» sollen mehr als 10000 Bankkunden und mehrere Schweizer Kreditinstitute, darunter die Credit Suisse, deren Tochter, die Neue Aargauer Bank, und die ehemalige Clariden Leu AG, betroffen sein. Gegen zwei Mitarbeiter ermittelt die Koblenzer Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

«Die Daten sind authentisch und von ausgezeichnete Qualität», schrieb Carsten Kühl, der rheinland-pfälzische Finanzminister, gestern in einer Medien-

mitteilung. Das Finanzministerium erhoffe sich aufgrund der vorliegenden Informationen Zugang zu hinterzogenen Steuern in Höhe von einer halben Milliarde Euro. «Die Summe ist auch ein Beleg für die hohe kriminelle Energie, mit der hier Kapitalerträge hinterzogen wurden», schrieb Kühl weiter. «Steuergerechtigkeit ist in einem modernen Rechts- und Sozialstaat unverzichtbar. Deshalb müssen wir konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen», rechtfertigte er das Handeln seiner Behörde. Rückendeckung bekam er vom deutschen Finanzministerium in Berlin.

«Dieses Geschäft trocknet aus»

«Der erneute Kauf einer Steuerdaten-CD überrascht mich nach dem Scheitern des Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz nicht», sagt die

St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP/SG). «Ich frage mich aber, wie ergiebig solches Diebesgut überhaupt noch ist.» Viele Banken verlangten von ihren Kunden, dass sie ihre Einlage gegenüber dem deutschen Fiskus bis Ende Jahr deklarieren. Keller-Sutter: «Das Geschäft mit Steuerdaten-CDs dürfte vor diesem Hintergrund gar nicht mehr interessant sein und wird vermutlich austrocknen.»

Gefährlich für die Schweiz

Auch Martin Janssen, Professor am Bank- und Finanzinstitut der Universität Zürich, sagt: «Durch die zunehmende Selbstregulierung der Schweizer Banken sinkt der pro CD zu erwartende zusätzliche Steuerbetrag. Entsprechend ist zu erwarten, dass der Kauf solcher CDs mit der Zeit seltener wird.»

Ganz aufhören würden solche Käufe aber nie: «Nicht solange jede CD zusätzliche Steuereinnahmen verspricht.» Janssen erachtet diese CD-Käufe vor allem dann als gefährlich, wenn das Steuerabkommen zwischen den beiden Ländern doch noch in Kraft gesetzt werden sollte. «Dann nämlich würde Deutschland der Schweiz auch noch Vertragsbruch vorwerfen.»

«In Deutschland brechen alle Dämme einer verlässlichen Rechtsstaatlichkeit», verurteilt Finanzexperte Maurice Pederngana den jüngsten CD-Kauf. Mit Konsequenzen für die Verhandlungen zum Steuerabkommen rechnet er nicht. Denn: «Ich glaube längst nicht mehr an ein Abkommen mit Deutschland, das auf dem Modell Abgeltungssteuer basiert. Weder vor den Wahlen noch nach den Wahlen.»

Aus Politikern werden Paparazzi

Mit gezückten Handys lauern sie vor dem Bundeshaus, auf den Treppen und in der Wandelhalle: Kaum ein Nationalrat wollte sich gestern den Besuch des Dalai Lama entgehen lassen. Um 13.15 Uhr fährt das geistige Oberhaupt der Tibeter in einem dunklen Wagen vor. Es wird von seinen Landsleuten bejubelt, die sich zu Hunderten auf dem Bundesplatz versammelt haben, und von der Nationalratspräsidentin Maya Graf herzlich in Empfang genommen. Nach einer kurzen Verbeugung betritt er zum erstenmal das Parlamentsgebäude, Blitzlichtgewitter begleitet ihn.

«Nice hair»

Es folgen Gespräche hinter verschlossenen Türen. Dazwischen besichtigt der Dalai Lama den Nationalratssaal, spricht mit SP-Vertretern über Marx und begrüsst Sekundarschüler, die sich gerade auf einer Führung befinden. Er freut sich über die Irokesenfrisur eines Fotografen. «Nice hair», sagt er und greift dem Mann ins Haar. Er schüttelt die Hände zahlreicher Nationalräte; den Frauen schenkt er weisse Foulards, sogenannte Katas, die Tibeter zur Begrüssung überreichen und die Glück bringen sollen. Rats-

novizin Claudia Friedl (SP/SG) ist beeindruckt. «Er strahlt Stärke und Weisheit aus, hat aber auch etwas Spitzbübisches.» «Ein Erlebnis», pflichtet ihr SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin bei. Er erzählt von seinem einstigen Jungwachtleiter, einem Tibeter, der von einer Schweizer Familie aufgenommen worden war. «Er hat mein Interesse an dieser Kultur geweckt und mein Engagement im Flüchtlingswesen geprägt.»

Wichtiges Zeichen für Tibet

Der Händedruck mit dem Dalai Lama sei äusserst kurz gewesen, sagt Andrea Caroni (FDP/AR). Viel mehr, als einander zu begrüßen, liege da nicht drin. Immerhin: Andreas Aebi (SVP/BE), der Präsident der Aussenpolitischen Kommission, ist von Maya Graf als «very

important man» vorgestellt worden. «Als einziger», wie seine Kollegen anerkennend feststellen. Der Dalai Lama sei ein offener und unkomplizierter Mensch, sagt die Nationalratspräsidentin jetzt in zahlreiche Kameras und Mikrophone. «Dass er vom Parlament empfangen wird, ist für die Tibeter ein wichtiges Zeichen.»

Den kurzen Weg zum Medienzentrum nutzt Seine Heiligkeit für Begegnungen mit Exiltibetern. Sie wünschen ihm Kraft und ein langes Leben. An der Pressekonferenz dankt der Dalai Lama der Schweiz für ihre Solidarität. «Wir sollten mehr auf die inneren Werte achten», sagt er weiter. Nicht Geld oder Macht bescherten einem Glück. Entscheidend seien vielmehr die Aufmerksamkeit und die Zuneigung anderer Menschen.

Ohne den Bundesrat

Die Parlamentarische Gruppe Tibet kritisiert, dass der Bundesrat an diesem Tag nicht vertreten sei. Er habe keine entsprechende Anfrage erhalten, sagte dieser in den letzten Tagen. Nach gut drei Stunden verabschiedet sich der Dalai Lama auf der Bundesgasse. Ein letzter Moment für eindrückliche Bilder. *Eveline Rutz, Bern*

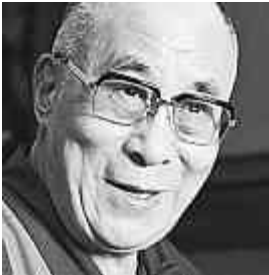


Bild: ky

Zu Besuch: Der Dalai Lama.

Gerichtshof für Menschenrechte rüffelt Schweiz

Die Behörden von Baselland haben einen Nigerianer, der wegen Drogenhandels verurteilt worden ist, zu Unecht aus der Schweiz weggewiesen.

STRASSBURG. Der heute 41jährige Nigerianer war im November 2001 in die Schweiz gekommen und hatte unter einem falschen Namen um Asyl ersucht. Er war bereits zuvor in Österreich wegen Drogenhandels verurteilt worden. Im November 2003 heiratete der Mann eine Schweizerin, die ihm kurz zuvor Zwillingstöchter geboren hatte. Er erhielt hierauf eine Aufenthaltsbewilligung. Im Sommer 2006 wurde der Nigerianer in Deutschland beim Import von 257 Gramm reinen Kokains erwisch. Dafür erhielt er eine Strafe von dreieinhalb Jahren.

Strafe und hohe Schulden

Das Amt für Migration Baselland entschied im Sommer 2007, dass die Aufenthaltsbewilligung des Nigerianers erloschen sei, da er sich länger als 6 Monate im Ausland aufgehalten hatte. Gleichzeitig entschied das Amt, dass eine Neuerteilung der Aufenthaltsbewilligung ausser Betracht falle, da mit der Verurteilung zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe und wegen des Bezugs von Sozialhilfegeldern für sich und seine Familie in der Höhe von 165000 Franken Ausweisungsgründe vorlägen. Das Bundesgericht schützte dieses Vorgehen.

Gang nach Strassburg

Dagegen wehrten sich der Nigerianer sowie seine – inzwischen von ihm geschiedene – Ehefrau. Die Familie machte in Strassburg geltend, die Wegweisung aus der Schweiz zerstöre ihr Familienleben und verstosse gegen das Recht auf Achtung des Familienlebens, weil es ihnen nicht möglich sei, den Mann in Nigeria zu besuchen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Beschwerde nun gutgeheissen. Damit ist die Schweiz verpflichtet, dem Mann eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Der Gerichtshof betont, dass der Nigerianer nur einmal ein schweres Verbrechen begangen hat und sich seither nichts hat zuschulden kommen lassen. Nach Meinung der Richter deutet vieles darauf hin, dass der Mann eine positive Entwicklung vor sich hat. (tzi)

JOURNAL

Hotellerie: Weiterhin weniger Mehrwertsteuer

Für die Hotellerie soll bei der Mehrwertsteuer weiterhin ein Sondersatz gelten. Der Nationalrat hat sich gestern für eine Verlängerung bis Ende 2017 ausgesprochen. Er stimmte der Vorlage mit 145 zu 36 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Sagt auch der Ständerat Ja, gilt für die Hotellerie weiterhin ein Mehrwertsteuersatz von 3,8 Prozent. Der Normalsatz beträgt 8 Prozent, der reduzierte Satz für lebensnotwendige Güter 2,5 Prozent. (sda)

Staatsverträge: Parlament soll mehr zu sagen haben

Der Bundesrat soll künftig Staatsverträge nur noch dann vorläufig anwenden dürfen, wenn die zuständigen Parlamentskommissionen zustimmen. Der Nationalrat hat gestern Dienstag eine entsprechende Gesetzesänderung gutgeheissen. Er reagierte damit auf den UBS-Staatsvertrag mit den USA. (sda)